Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich, Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Leitung
Fernsprecher 10 und 32 Postscheck 50

DESSIPAT ATQUE FOVET 1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post frei 11.00.
Zeilenpreise: Die Grundzeile 40 mm-Zeile 45 Pfg. Reklamezeile 90 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Pfg.

Nummer 41 — Mittwoch, den 19. Februar 1930 — 59. Jahrgang

Der Sturz Tardieus

über Finanzfragen.

Ein Mißerfolg der Sparpolitik.

Paris, 17. Febr. Die Regierung Tardieu ist heute durch zurücktreten. Die Regierung war bei einer Abstimmung in der Kammer über Sparerfragen mit 281 gegen 33 Stimmen bei der Minderheit gestürzt.

Die Demission angenommen.

Paris, 18. Febr. Finanzminister Chéron und Kriegsminister Maginot haben dem Ministerpräsidenten Tardieu unverzüglich. Tardieu verfaßte das Demissionsschreiben. Um 9.30 Uhr vormittags ist das begleitet sich ähnlich in Paris angekommene Ministerrat, mit Poincaréau als Vorsitzenden Ministerpräsidenten — Aus Elsaß, wo sie den Präsidenten der Republik das Demissionsschreiben überreichen.

Paris, 18. Febr. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat die Demission des Kabinetts angenommen und die außergewöhnlichen Minister entlassen, die Erledigung der laufenden Geschäfte zu gewährleisten.

Beim Verlassen des Elysées erklärte Briand den Journalisten, daß ihn jeder seiner Wörte nach London befinge, er reise nicht ab. Auf eine Frage, ob der in London anwesende Marineminister zurückkehren würde, erklärte Briand, das sei möglich.

Die französische Presse schreibt:

Paris, 18. Febr. Die Stimmen der Presse zur Kabinettskrise sind heute zusammenfassend: Die Linkspresse hält fest, daß das Kabinett Tardieu durch eine klar linksgerichtete Mehrheit gestürzt worden sei, daß alle die neuen Minister Minister seien, daß ein linksgerichtetes Kabinett in Frage komme, Rechtsstehende Minister vertreten jedoch den Standpunkt, daß nur Finanzminister Chéron, nicht aber Minister-Tardieu und Tardieu selbst Opfer der Mehrheit durch die gestrige Abstimmung geworden ist, und daß tagsüberzeitig in Tardieu wiederum mit der Kabinettsbildung betraut werden müßte. Andere Blätter mutmaßen, daß Tardieu, der, wie ausgesagt, der internationalen Verhandlungen in Genf und London man nicht Tardieu wiederum mit der Kabinettsbildung betrauen sollte.

Oeuvre wünscht um der internationalen Verhandlungen, daß die Krise nur von kurzer Dauer sei und fragt, ob der Bildung der Regierung die Tiefe zu eigen machen wolle, daß man Finanzminister Chéron, nicht aber Tardieu, durch die gestrige Abstimmung betroffen worden sei, aber ob er nicht das Vertrauen für gekommen halte, eine Operation der republikanischen Konzentration zu versuchen, mit einer mehr linksgerichteten Persönlichkeit an der Spitze, als es Tardieu gewesen sei. Die Lösung der Krise hänge jedenfalls zum großen Teil von dem Nachkommen ab.

Ordre schreibt: Das Kabinett hat mit einer neuen gerichteten Mehrheit eine linksgerichtete Politik bestimmen müssen. Die in der Opposition stehenden Fraktionen hab Sieger. Die Sieger haben gesiegt, weil man ein Ministerium geschlossen wird mit Elementen, die aus ihren Reihen genommen sind. Es genügt nicht zu sagen, man muß auch verstehen, daß man verstanden wird.

Der Avenir schreibt: Man wird sicher bedauern, daß der Sturz in dem Augenblick erfolgte, an dem die Londoner Konferenz ihren Höhepunkt erreicht hat und während in Genf die Arbeiten des Zeitschreiten erfolgt wird, aber man muß hoffen, daß die Krise weder so lange dauern noch so tief sein wird, wie die letzte. Die Mehrheit hat Finanzminister Chéron nicht fallen können, aber sie hat Tardieu und seine allgemeine Politik stets unterstützt.

L'Ordre schreibt: Man sieht nicht recht, vor Kurzem noch Minister als Ministerpräsident erfolgte Kabinett. Es ist übrigens um die Tiefe der Mehrheit der Kammer, die gestern den Ministerpräsidenten mit dem Rufe „Es lebe Tardieu!" begrüßte. Das Land kann gegenüberstellen nicht ruhig bleiben. Es ist Zeit, daß die ausländischen Delegierten auf der Londoner Konferenz Gelegenheit haben die französische Meinung von unserem Parlamentarismus kennenzulernen.

Figaro schreibt: Weder tatsächlich noch theoretisch der Politik hat sich etwas geändert. Die Gleichheit der Mehrheit bedeutet die gleiche Politik für morgen.

Ami du Peuple glaubt, daß sich der Präsident der Republik gebe neue an Tardieu wenden wird, anderenfalls man dem Abtrieg, keine Mehrheit noch links zu erwarten.

Die französische Kabinettskrise und die Londoner Abrüstungskonferenz.

Zu Genfreal in London.

London, 18. Febr. Die Morgenblätter drücken die Hoffnung aus, daß die französische Ministerkrise nur von kurzer Dauer sein werde. Man bedauerte wieder gegebenen, daß Tardieu wieder Ministerpräsident werden wird, daß gewisse Pariser Korrespondenten von der Möglichkeit eines Kabinettswechsels sprechen. Was die Rückwirkung auf die Flottenfrage betrifft, so glaubt man, daß sich die Verhandlungen eine Weile lang sich mit Ruhen der Problemen widmen können, an denen Frankreich kein übergroßes Interesse habe. Es wird hier nur allein an die französischen Forderungen gedacht. Die Arbeit der Konferenz müsse also nur durch eine sich länger hinziehende französische Regierungskrise erschwert werden.

Ueber die allgemeine Lage und der Konferenz, die noch immer von der französischen Draftvorschlag beherrscht wird, sagt Times: Es verlautet, daß die Mitglieder verschiedener Delegationen die Möglichkeit des Wiederscheiten eines Vertrages erörtert haben, der die fünf Mächte verpflichten würde, in kritischen Zeiten gemeinsam Rat zu pflegen. Ein solcher Vertrag würde das Vorbild für ähnliche Verpflichtungen sein, auf das sich die Verbündeten Staaten einlassen würden. Wer es ist unerschwerlich, ob es unerschien würde, die französische Delegation zu einer entgegenkommenden Haltung zu veranlassen. In der Tonnagefrage ist die britische Delegation gewissen entschlossen über die Höhe der französischen Zahlen, aber Macdonald und Stimson wollen beide nicht Vorschläge irgendwelcher letzten Mort haben.

Auch der Washingtonkorrespondent der Morning-Post, die immer wie Times Stimmen aus Washington eine Vertretung bedeutet, führt aus: Es läßt sich nicht verhehlen, daß die französischen Ansichten eine Verlangsamt verursachen, die beinahe als ernste Bedrohung der Verhandlungen bezeichnet werden könnte. Der Korrespondent spricht von der Möglichkeit einer politischen Vereinbarung, die aber erst später zustande kommen könnte, da französische Ministerwechsel dabei zu Rate gezogen werden müßten.

Die Berliner Blätter schreiben:

Berlin, 18. Febr. Die Kommentare der Berliner Blätter zu der Demission Tardieus kreisen sich um die Frage: Kommt jetzt es sich nur um eine Chéran-Krise oder um eine Tardieu-Krise?

Der Berliner Morgenpost meint, Doumergue kann sich auf den Standpunkt stellen, daß es sich nur um eine Finanzministerkrise handele und Tardieu bitten, zu bleiben und sein Kabinett zu ergänzen. Das ist verbunden der unabsichtlichen Anzeigen dieser Krise. — Das B. Z. sagt, es sei anzunehmen, daß der Präsident Doumergue sich wieder an Briand wenden werde, aber man dürfe auch nicht vergessen, daß jetzt wieder ein Mann, nach nicht müde, nach Paris zurückgerufen ist, Raymond Poincaré. — Der Lokal-Anzeiger schreibt: Den Rücktritt des Kabinetts Tardieu dürfte kaum überraschen bedeutsam sein. Die Krise ist so unerwartet, wie sie zu einem Stand gegen Tardieu zusammengestellten. Die Tardieu-Mehrheit hat aus der ordentlichen Krise das Kabinett Tardieu gebildet wieder hervorgehen dürfte. — Germania sagt, daß jetzt Briand wieder auf europäische Bühne zurückzuführen ist.

Durchsuchung des Liebknechthauses

wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Berlin, 18. Februar.

Durch Beschluß des ersten Strafsenats des Reichsgerichts vom 5. Februar 1930 wird bei der Kriminalpolizeiliche gegen Liebknecht wegen Vorbereitung des Hochverrats die Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses in Berlin, insbesondere der Abteilung Zentralverlag, angeordnet. Es wurde bekannt bei, daß der Polizeipräsident mitteilt, um die Verfassungsschutz. „Was müssen wir Polizeibeamte jetzt tun? Polizeibeamte als Opfer des „Young-Planes" und um Material, das dem Schutz der Republik dient, zu sammeln. Die Durchsuchung hat bereits vorrätig um 19.30 Uhr statt.

Gegen 2 Uhr nachmittags war die Durchsuchung der Kriminalpolizei im Liebknechthaus am Bülowplatz beendet. Die Kriminalpolizei hatte zwei Lastkraftwagen mit beschlagnahmten Gegenständen beladen, die unter Bedeckung nach dem Polizeipräsidium geschafft wurden. Beim Verlassen der Polizei konnteten sich Anwohnern ansammelten, die mit „Nieder!" und „Hochverrat!"-Rufen eine nachmalige Sitzung

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Deutschland — Frankreich.

Gedanken über Politik, Geist und Verständigung.

I.

E. S. Saarlouis, Mitte Februar 1930

Seit Jahrzehnten steht im Vordergrund des politischen Interesses die Frage des Verhältnisses zwischen den beiden großen benachbarten Nationen Deutschland und Frankreich. Sehr erklärlich, nachdem länger als ein Jahrtausend Jahren zwischen den beiden Völkern ausgetragen wurden, nachdem Angriffe hinüber und herüber einander wechselten. Seit einigen Jahren nun spielt in West- und Mitteleuropa — abgesehen von akuten politischen Ereignissen — die Relation, besser die Verständigung, gestützt sowohl die politisch, zwischen beiden Nationen eine wichtige Rolle. Alle Schätzer beeinflusst maßgeblich das übrige europäische Volk.

Der „Feind" Deutschland—Frankreich hat Wunden, offene Wunden, die die reine Politik mit ihren Mitteln nicht hat lösen können. Der letzte gewaltige Krieg hat zu tief eingegraben im Gedächtnis der Völker, als daß man ihn plötzlich mit einer Handbewegung wegwischen könnte. Die Suggestion vom Erbfeind hier und dort, die Begriffe Gloire, Revanche, Zivilisation und Kultur — sie leben allzu tief. Alle war es anders möglich, daß beim Bisher das (unbeschönt-tierhaft) Wort sprechen kann, daß „alles, was zwischen Deutschland und Frankreich geschieht, auf einem Mißverständnis beruht", Richtig ist lediglich, daß sich die Völker nicht verstehen, daß sie parallele Wege gehen, die sich nie treffen. Und doch sind Hart Extremitäts und nächtlere Ueberlegung, ein Nebeneinander, ein Miteinander, ein Gegeneinander zwischen zwei Staaten, denen das Schicksal Europas anvertraut ist.

Sprechen wir zuerst von der Politik. Wer leugnet, daß wir Deutsche bisher eine „höhnerische Politik", eine Politik mit eigenen Ihren, eine politische Erziehung nicht kannten? Wie sind den Franzosen in der Kunst der Ueberteilung und Ueberbeurteilung zu unterlegen. Der Franzose hat hierfür eine spezielle Begabung, — so mag er es, von einem geistigen Zimperlein in der Welt zu sprechen. Planmäßig und aufsopfernd arbeitete er nach 71 an einer Kulturpropaganda, deren Erfolg wir nun zu spüren gemeint haben. Mit seiner begeisternden und einschmeichelnden Sprache, mit seinem Charme, Esprit und Clar, mit seinem hinreißenden Schwung und Pathos eräst ist dies nicht zu erklären; hinzu kommt bei ihm systematische Arbeit an der Organisation und Entfaltung seiner Ideen und ihres Exporten in die Welt. Taten folgte es bei uns! Und besonders sind wir der Meinung, daß die Organisation der politischen Ideen Deutschlands wichtigste Aufgabe ist.

Politische Propaganda hat im eigenen Vaterlande zu beginnen — somit fehlt der Boden unter den Füßen. Oswald Spengler hält in seiner Philosophie von Planjahr des Deutschen Reiches" das harte, aber treffende Urteil: „Auf politische Erziehung hat sich eine bewußte Regierung nie verstanden. Hier wurde das so bei Jungen Nationen eine wichtige Regierungsfunktion fortwährend verhängnisvoll. Man verzichtete auf Verständnis, eigenes Urteil und innerliche Mitarbeit des Volkes, weil man der ausgezeichneten Durchführung aller Maßnahmen sicher war. Aber so wenig das Deutsche Reich es ertragen hat, das Recht zu ergreifen — für das Recht, so wenig es ertragen es Parteien und Presse, die ihm lediglich als Hinderlisse der Autorität lästig waren, ohne daß es die unmöglichen Maßnahmen entbehrt hätte, die jedes andere Land längst in vollem Umfang ausnützte." Wir gestehen, daß längst in vollem Umfang ausgenützt sein Jahren besser geworden ist. Die Presse als Vertreterin und Verkünderin der „öffentlichen Meinung" hat enge Fühlung mit dem Staat und den die Regierung tragenden politischen Parteien bekommen. Die Beziehungen haben sich vertieft und gefestigt. Wir wollen nicht von Zwiespalt, von Zwist unserer „Demokratie" sagen, so ist er noch nicht klar herausgestellt. Man geht verschiedene Wege, die einheitliche Formulierung